

Bericht aus der Sitzung des Mutlanger Gemeinderats vom 17. September 2019

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung bittet Frau BMin Eßwein alle Anwesenden sich zu einer Schweigeminute zu Ehren des verstorbenen Bürgermeisters a.D. Peter Seyfried zu erheben. Sie bedankt sich bei allen, die an der Organisation der Trauerfeier beteiligt waren.

Zudem teilt Frau Bürgermeisterin Eßwein mit, dass der Tagesordnungspunkt 3 von der Tagesordnung abgesetzt und in einer der nächsten Sitzungen thematisiert wird.

Unterstützung des ICAN- Städteappells für eine atomwaffenfreie Welt

Die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN) ist ein globales Bündnis in mehr als 103 Ländern. Das von Hiroshima 1982 gegründete weltweite Städtebündnis Mayors for Peace, an dem sich Mutlangen beteiligt, ist eine der Partnerorganisationen.

ICAN war Initiator des am 7. Juli 2017 von den Vereinten Nationen in New York verabschiedeten Atomwaffenverbotsvertrags. Im Kern verbietet der Vertrag die Herstellung, die Erprobung, den Besitz, den Einsatz sowie die Androhung eines Einsatzes von Atomwaffen. Darüber hinaus untersagt er den Transfer über und die Stationierung von Atomwaffen im eigenen Staatsgebiet. Staaten, die beim Beitritt zum Vertrag Atomwaffen besitzen, verpflichten sich, diese zu zerstören. Opfern von Atomwaffentests oder -einsätzen wird medizinische, psychologische, wirtschaftliche und soziale Hilfe geleistet. Atomar kontaminierte Gebiete müssen saniert werden. In dem Vertrag werden Atomwaffen ausdrücklich geächtet. Damit werden Atomwaffen als letzte aller Massenvernichtungswaffen verboten. Der Vertrag liegt seit dem 20. September 2017 zur Unterschrift aus. Bis August 2019 hatten 70 Staaten unterzeichnet, 26 Staaten den Vertrag ratifiziert. 90 Tage nach der 50. Ratifizierung wird der Vertrag in Kraft treten. ICAN erhielt für ihre Arbeit, mit der sie auf die katastrophalen humanitären Konsequenzen eines jeglichen Einsatzes von Atomwaffen aufmerksam machten und für ihre Bemühungen, ein vertragliches Verbot solcher Waffen zu erreichen, 2017 den Friedensnobelpreis.

Zahlreiche Städte in Deutschland und aller Welt haben sich bereits dem ICAN Städteappell angeschlossen. Bislang ist die Bundesrepublik Deutschland dem Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (Atomwaffenverbotsvertrag) nicht beigetreten. Im Mayors for Peace Aktionsplan (2017-2020) wurde festgehalten, dass alle Staaten, die noch nicht dem Atomwaffenverbotsvertrag beigetreten sind, durch die Mayors for Peace Mitglieder aufgefordert werden, diesen Schritt „schnellstmöglich“ zu vollziehen. Mit dem ICAN Städteappell wird die Bundesregierung aufgefordert, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Die Unterzeichnung des ICAN Städteappells durch die Mayors for Peace Gemeinde Mutlangen unterstützt damit das gemeinsame Ziel der Organisationen, eine Welt ohne Atomwaffen zu verwirklichen.

Beschluss

Das Gremium beschließt einstimmig folgenden Appell:

„Mutlangen ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach

sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Investitionsförderantrag TSV Mutlangen für die Sanierung des Clubhauses

Bereits im Oktober 2017 ging ein Investitionsförderantrag des TSV Mutlangen bei der Gemeinde ein. Dieser wurde jedoch wieder zurückgezogen, weil sich die Baukosten für einen Neubau des Vereinsheims am Sportplatz immens erhöht haben. Im November 2018 stellte dann die Vorstandschaft des TSV dem Gremium einen neuen Sanierungsantrag vor. Die damals vorgestellte Sanierung inkl. Erweiterung in einem Zug wurde mit Gesamtkosten i.H.v. 460.000 € beziffert. Der Antrag auf eine außerordentliche Bezuschussung von 50% der Bau- und Einrichtungskosten wurde damals vertagt und darum gebeten, einen schrittweisen Sanierungsplan auszuarbeiten.

Anhand einer Präsentation stellt Herr Bühlmaier den aktuellen Stand vor. Er erläutert, dass die neue Vorstandschaft den Verein zukunftsfähig aufstellen möchte. Dies ist mit dem derzeitigen baulichen Zustand des Vereinsheims nicht möglich. Dem Verein steht für eine umfangreiche Sanierung nicht genügend Eigenkapital zur Verfügung. Das Dach ist jedoch undicht, die sanitären Anlagen müssen komplett erneuert werden und einige Räume sind feucht.

Dieser Zustand ist nicht nur für den Verein, sondern auch für die Gemeinde kein gutes Bild nach außen.

Der Verein übernimmt durch seine ca. 1200 Mitglieder (darunter ca. 400 Kinder- und Jugendliche) eine große soziale Verantwortung.

Alternativ zum vorliegenden Antrag schlägt er vor, dass die Gemeinde einen Umkleide- und Sanitärtrakt erstellt und der Verein im bestehenden Clubhaus nur die fehlenden Schulungsräume erstellt.

Herr Bühlmaier macht deutlich, dass die Finanzierung der Baumaßnahme im beantragten Umfang nur mit einem 50%-igen Zuschuss der Gemeinde sowie einer Bauumlage der Mitglieder gestemmt werden kann.

Gemeinderat Pfitzer merkt an, dass die gemeinnützigen Vereine in Mutlangen bereits sehr umfangreich bezuschusst und gefördert werden.

Gemeinderätin Kaim erkundigt sich bei Herrn Lange nach den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde.

Herr Lange antwortet, dass sich die Gemeinde durch die anstehenden Projekte im investiven Bereich finanziell bereits stark gefordert ist und für eine Bezuschussung die Verschuldung weiter erhöht werden müsste.

Bürgermeisterin Eßwein ergänzt, dass die Gemeinde die Notwendigkeit der Sanierung der sanitären Anlagen sieht und sich hieran mindestens mit 10 % der Baukosten beteiligt. Sie sichert ebenfalls zu, hier auch über einen höheren Satz zu verhandeln.

Gemeinderätin März gibt zu bedenken, dass lediglich die Fußballabteilung vom Clubhaus profitiert.

Herr Bühlmaier rechtfertigt, dass die Bemühungen des Vorstands bereits seit Jahren in die Richtung gehen, dass alle Vereinsmitglieder im Clubhaus ihre Heimat haben und lediglich die Umkleiden und Duschen nur von den Fußballern genutzt werden.

Zudem führt er aus, dass die anderen Abteilungen von den zahlreichen passiven Mitgliedern der Fußballabteilung finanziell profitieren. Er merkt an, dass die Finanzierung nur über wenige Jahre gehen soll um den Verein nicht auf Jahrzehnte zu verschulden.

Gemeinderätin Kaim erkundigt sich nach den Finanzierungsbeteiligungen der Umlandgemeinden, wenn deren Sportvereine ihre baulichen Anlagen saniert haben. Sie sieht die Rechtfertigung einer Beteiligung der Gemeinde lediglich an den sanitären Anlagen, weswegen sie dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen kann.

Herr Bühlmaier antwortet, dass in Waldstetten eine 80%-ige Beteiligung der Gesamtbaumaßnahme gewährt wurde.

Gemeinderat Fauser erinnert an Vereine wie den Tennisverein sowie dem Kleintierzuchtverein, die zahlreiche Maßnahmen in Eigenleistungen und mit der regulären Förderung der Gemeinde gestemmt haben.

Bürgermeisterin Eßwein fasst zusammen, dass sich die Gemeinde lediglich eine Bezuschussung bei der Sanierung der sanitären Anlagen vorstellen kann.

Sie empfiehlt, dies erneut zu prüfen und bittet die Vorstandschaft eine realisierbare Planung vorzulegen mit neuen Lösungsvorschlägen und neuen Perspektiven der Umsetzung.

Gemeinderat Pfitzer warnt davor, dass es niemandem weiterhilft, wenn man eine Entscheidung über Form und Höhe des Gemeindezuschusses für die Maßnahme immer weiter in die Zukunft verschiebt.

Beschluss:

Das Gremium beschließt einstimmig, dass der Antrag des TSV abgelehnt wird und die Verwaltung beauftragt wird, gemeinsam mit der Vorstandschaft neue Konzepte und Lösungen aufzubereiten und dem Gremium erneut vorzustellen.

Richtlinien Betreuungsangebot GS: Umstellung des Abrechnungsmodus für den Mittagsblock

Bürgermeisterin Eßwein teilt mit, dass dieser Tagesordnungspunkt einer weiteren Vorberatung bedarf und somit von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Bildung beschließender Ausschüsse – Antrag der Gemeinderatsfraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/die Grünen zur Einrichtung eines Bauausschusses und eines Verwaltungsausschusses

Die Gemeinderatsfraktionen der CDU, SPD und Bündnis 90/die Grünen haben in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderats am 09. Juli 2019 beantragt, einen beschließenden technischen Ausschuss sowie einen beschließenden Verwaltungsausschuss zu bilden. Dies wurde zunächst in der Sitzung kontrovers diskutiert. Die Verwaltung wurde beauftragt, die rechtlichen Voraussetzungen zur Bildung von beschließenden Ausschüssen zu prüfen und einen Vorschlag auszuarbeiten, der dann vom Gemeinderat erneut diskutiert und beraten wird. Sollten sich die Mitglieder mehrheitlich für eine Bildung eines oder mehrerer beschließender Ausschüsse entscheiden, würde dies im Rahmen einer Hauptsatzungsänderung in der Gemeinderatssitzung am 15. Oktober 2019 endgültig beschlossen.

Gemäß § 39 Abs. 1 GemO kann der Gemeinderat durch die Hauptsatzung beschließende Ausschüsse bilden und ihnen bestimmte Aufgabengebiete zur dauernden Erledigung übertragen. Beim Antrag der oben genannten GR-Fraktionen geht es um die Bildung eines technischen Ausschusses sowie eines Verwaltungsausschusses. Dies sind grundsätzlich zulässige und weit verbreitete beschließende Ausschüsse. Genaue Wertgrenzen und Zuständigkeiten können ebenfalls über die Hauptsatzungen geregelt werden. Den Ausschüssen ist es jederzeit möglich, bestimmte Angelegenheiten dem Gesamtgremium zur Entscheidung weiterzuleiten.

Die Bildung eines Verwaltungsausschusses für die Gemeinde Mutlangen ist aus Sicht der Verwaltung nicht empfehlenswert. Durch die aktuellen Regelungen in der Hauptsatzung werden die Personalangelegenheiten bei wichtigen Themen im Gesamtgremium angesprochen und alles Weitere mit dem Personalrat.

Die Bildung eines technischen Ausschusses wird grundsätzlich befürwortet.

Die Verwaltung schlägt weiterhin vor diesen mit 6 bzw. 8 Mitgliedern des Gremiums zu besetzen. Es empfiehlt sich hierfür eine Aufteilung gemäß dem Wahlergebnis nach Sainte-laguë/Schepers.

Gemeinderat Dr. Mayer lobt die Ausarbeitung und begrüßt die Einrichtung eines technischen Ausschusses. Er spricht sich für eine Ausgestaltung mit sechs Mitgliedern aus.

Gemeinderat Pfitzer bekräftigt dies, empfiehlt jedoch dies zwei Wochen vor einer Sitzungswoche abzuhalten.

Gemeinderätin Kaim sieht keinen zeitlichen oder organisatorischen Vorteil in der Einrichtung eines beschließenden Ausschusses. Hierbei gehe ihrer Ansicht nach die Transparenz für die Bürgerschaft verloren. Die bisherigen Vergaben und Baugesuche stellen bei Gemeinderatssitzungen keinen großen zeitlichen Umfang dar.

Bürgermeisterin Eßwein relativiert, dass Sitzungen der beschließenden Ausschüsse immer öffentlich sind und somit kein Transparenzverlust entsteht. Sie legt die Potentiale und Möglichkeiten, die ein beschließender Ausschuss mit sich bringen kann erneut dar.

Gemeinderätin Gaiser bekräftigt dies und wird einer Einrichtung eines technischen Ausschusses zustimmen.

Gemeinderat Weiler hinterfragt die zeitliche Inanspruchnahme bei einzelnen Sitzungen, wenn diese beispielsweise nur aufgrund von eingegangenen Baugesuchen zustande kommen. Er empfiehlt die Sitzanzahl auf acht festzulegen.

Bürgermeisterin Eßwein schlägt eine Testphase vor, die man nach beispielsweise einem Jahr überprüfen könnte.

Gemeinderätin Mayer merkt an, dass dieser Ausschuss eventuell hingegen der Annahme ein Expertengremium wird sondern die Erfahrungen und Fachkompetenz im Gesamtgremium größer sind.

Gemeinderat Vogel informiert, dass die Gemeinde in der Vergangenheit bereits einen Bau- und Verwaltungsausschuss gehabt hat.

Herr Siedle relativiert, dass dieser lediglich beratend und nicht beschließend war und somit eine zeitliche Doppelbelastung war, weil danach im Gesamtgremium alles noch einmal besprochen wurde.

Gemeinderätin Mayer fragt, ob dieser Ausschuss nicht sinnvollerweise am gleichen Sitzungstag wie eine Gemeinderatssitzung stattfinden kann.

Gemeinderätin Offenloch merkt an, dass ihr für die Entscheidung noch die notwendige Erfahrung fehlt. Sie plädiert für ein weiteres Jahr in der bisherigen Praxis und dann eine erneute Beratung darüber.

Gemeinderat Schurr und Gemeinderat Podhorny bekräftigen diese Vorgehensweise.

Gemeinderat Dr. Mayer rechtfertigt seinen Antrag damit, dass die Entscheidungsfindung in einem Ausschuss künftig auf eine andere Dimension gehoben werden soll. In kleineren Gremien können Themen weitergehend und zeitintensiver diskutiert werden. Die Bildung von Ausschüssen ist in der Politik zudem weitverbreitet.

Beschluss:

Das Gremium beschließt bei sechs Gegenstimmen und drei Enthaltungen, dass die Hauptsatzung in der kommenden Sitzung dahingehend geändert wird, dass ein technischer Ausschuss eingerichtet werden soll. Dieser soll aus sechs Mitgliedern sowie der Bürgermeisterin als Vorsitzenden bestehen.

Kläranlage – Vergabe von Tief-, Stahlbeton-, Verbau- und Außenanlagenarbeiten

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom Juli 2019 die Bauleistungen für die Erneuerung der Rechenanlage vergeben. Der Bauvertrag wurde geschlossen und die Beauftragung getätigt. Als nachfolgenden und sehr wichtigen Baustein steht nun die Vergabe der Tief-, Stahlbeton-, Verbau- und Außenanlagenarbeiten an. In diesem Ausschreibungspaket sind unter anderem die Arbeiten am neuen Nachklärbecken jedoch ohne die Klär- und Maschinentchnik zu finden. Die Veröffentlichung der Maßnahme fand sowohl in den örtlichen Tageszeitungen als auch im Staatsanzeiger Baden-Württemberg am 27. Juli 2019 statt. Das Submissionsergebnis wird als Tischvorlage ausgelegt und enthält zwei Angebote. Die günstigste Bieterin ist die Firma Hans Ebert Bauunternehmung aus Pommertsweiler mit einem Angebotspreis in Höhe von 1.861.782,55 €. Um das Projekt dem neu gewählten Gemeinderat vorzustellen, ist Herr Strobel anwesend und erläutert die weitere Planung.

Gemeinderat Dr. Mayer erkundigt sich, ob die neue Anlage die Abwasserreinigung der vom Stauferklinikum stammenden resistenten Keime und Medikamentenrückstände leisten kann.

Herr Strobel informiert, dass eine derartige Verpflichtung aktuell nur für Kläranlagen mit 100.000 Einwohner besteht. Aufgrund des Klinikstandorts wird dies jedoch künftig angepasst. Sollte dies jedoch verpflichtend werden, wird es entsprechende Sonderzuschüsse für eine Nachrüstung geben.

Gemeinderat Pfitzer empfiehlt dies jedoch bereits jetzt zu berücksichtigen.

Herr Strobel relativiert, dass bisher noch keine genauen Messergebnisse und Erforderlichkeiten feststehen. Er empfiehlt abzuwarten, wie sich dies in Zukunft entwickelt.

Gemeinderätin Kaim hinterfragt, warum der Planungsprozess sich über 15 Jahre gezogen hat.

Herr Strobel antwortet, dass man immer im engen Kontakt mit dem Landratsamt gestanden ist. Zudem musste zunächst die Finanzierung auf den Weg gebracht werden.

Gemeinderat Vogel erkundigt sich nach dem Zustand des Sammelkanals zur Kläranlage.

Herr Grahn führt aus, dass durch die Sanierung und Erweiterung der Kläranlage auch Reparaturen an diesem Kanal entstehen werden. Die Kanäle werden gemäß Eigenkontrollverordnung in regelmäßigen Abständen kontrolliert; bisher ist der Hauptsammler in einem guten Zustand.

Gemeinderätin März erkundigt sich, ob sich die Kläranlage nach der Sanierung in einem insgesamt technisch einwandfreien Zustand befindet und wie lange dann keine größeren Maßnahmen mehr anfallen.

Herr Strobel antwortet, dass man danach ca. 5-10 Jahre keine größeren Maßnahmen mehr durchführen muss.

Beschluss

Das Gremium beschließt einstimmig, die Leistungen an die günstigste Bieterin, Firma Hans Ebert Bauunternehmung aus Pommertsweiler zu einem Angebotspreis in Höhe von 1.861.782,55 € brutto zu vergeben.

Bekanntgaben und Verschiedenes

a) Termine

Folgende Termine wurden durch Bürgermeisterin Eßwein bekanntgegeben:

- Infoabend Streuobstwiese – Wildpflanzenpark Mittwoch 18.9.19 Uhr im Foyer des Rathauses.
- Besuch des Vizepremierministers von Kambodscha am Sonntag, 29.9. 8:30-10 Uhr
- Mobile Bürgerversammlung am Dienstag 22.10.2019, 18 Uhr.
Anzufahrende Punkte können gerne von den Mitgliedern des Gremiums sowie der Bürgerschaft gemeldet werden.

b) Aktueller Stand Baumaßnahmen auf dem Friedhof

Bürgermeisterin Eßwein informiert, wie der Stand der Baumaßnahmen auf dem Friedhof ist. Das Kriegerdenkmal wurde bereits angelegt. Sitzgelegenheiten werden voraussichtlich in der KW 40 installiert. Ein neues Urnengrabfeld wird aktuell angelegt.

c) Kehrmaschine/Unkrautbesen

Bürgermeisterin Eßwein informiert, dass am 16.9. eine Kehrmaschine mit Unkrautbesen testweise eingesetzt wurde. Sie merkt an, dass man dies im kommenden Jahr so einplanen könnte, dass zweimal die normale Kehrmaschine sowie zweimal diese spezielle Unkrautmaschine fahren könnte. Gemeinderätin Kaim lobt und begrüßt die Vorgehensweise.

d) Zuschüsse

Bürgermeisterin Eßwein gibt bekannt, dass der Zuschussbescheid zum Kauf einer neuen Drehleiter für die freiwillige Feuerwehr Mutlangen in Höhe von 254.000 € gewährt wurde.

Zudem erhielt die Gemeinde einen Zuschussbescheid für das Oberstufengebäude des Franziskus-Gymnasiums in Höhe von 1.704.000 €

Anfragen der Mitglieder des Gemeinderats

a) Alte Grundschule

Gemeinderat Dauser merkt an, dass die Überdachung an den Außentoiletten im Grundschulhof kontrolliert werden müssen. Zudem ist am Treppenaufgang ein großer Unkrautbefall.

Bürgermeisterin Eßwein nimmt dies gerne auf und leitet es ans technische Bauamt zur Prüfung weiter.

b) Weihnachtsbeleuchtung

Gemeinderätin März erkundigt sich nach den Planungen für die diesjährige Weihnachtsbeleuchtung.

Bürgermeisterin Eßwein informiert, dass punktuell rund um den Lamplatz eine Weihnachtsbeleuchtung installiert wird.

Gemeinderätin Windschüttl regt an, die Stände der Lebendigen Krippe zur Straße hin aufzustellen.

Bürgermeisterin Eßwein begrüßt diese Anregung und wird den Bauhof entsprechend instruieren.

c) Unkraut in der Kapellenstraße in Pfersbach

Gemeinderat Schurr merkt an, dass die Kapellenstraße in Pfersbach auch eine mögliche Teststrecke für die Unkrautmaschine wäre.

Gemeinderat Vogel lobt das Ergebnis der Vorgehensweise auf dem Friedhof und merkt an, dass hier eine dauerhafte und flächendeckende Beseitigung vorgesehen werden soll.

e) Veränderung Stichtagsregelung im Kindergarten

Gemeinderätin Windschüttl merkt an, dass die Gemeinde die Veränderung der Stichtagsregelung unbedingt beachten soll.

Bürgermeisterin Eßwein nimmt dies gerne auf und wird es in der Kooperationsitzung Kindergarten ansprechen.

f) Beschilderung Rathaus

Gemeinderätin Kaim lobt die Erneuerung der Beschilderung innerhalb des Rathauses und erkundigt sich ob die nun sichtbaren Bohrlöcher der vorherigen Beschilderung noch entfernt werden.

Bürgermeisterin Eßwein antwortet, dass dies leider nicht vermieden werden konnte, weil die neuen Schilder etwas kleiner sind. Die Ausbesserungsarbeiten sind bereits beauftragt.

g) Spielplatz Benzwiesen

Gemeinderätin Mayer erkundigt sich nach der Umsetzung des Spielplatzes im Baugebiet Benzwiesen.

Bürgermeisterin Eßwein informiert, dass nun zunächst das Baugebiet Talblick den noch ausstehenden Spielplatz erhält und in den Benzwiesen erst im Jahr 2020 eine Planungsrate eingestellt wird.